

LESERBRIEFE

Saperlot Xander

Man spürt, dass du ein Leben lang im Ausland warst, anders kann ich mir nicht erklären, dass es dir entgangen ist, dass zwischen der wohlüberlegten Empfehlung unseres Landesfürsten zur Wahl und der Sanktionspflicht unseres Erbprinzen ein sehr grosser Unterschied ist. Mache dir keine Gedanken, wir werden halt älter! Klüger? Einen freundlichen Gruss, Max.  
Max Heidegger, Unterfeld 28, Triesen

Klares Ja von VU und FBP

Die wichtigsten Gremien der Grossparteien, die sich mit den aktuellen Themen auseinandersetzen, haben sich klar für den Spitalneubau ausgesprochen. Als Mitglied des VU-Parteivorstandes habe ich persönlich an der breiten Diskussion teilgenommen. Es wurden alle Aspekte wie Standort, Kosten, volkswirtschaftliche Bedeutung, Steuereinnahmen, Investitionskosten ins Ausland, Grundversorgung, Notfalldienst, Zusammenarbeit mit allen Institutionen des Gesundheitsnetzes, Plätze für blutige und ältere Patienten, wirtschaftliche Führung, usw. besprochen. Am Schluss der Diskussion hat es ein Versammlungsteilnehmer auf den Punkt gebracht: «Ein Nein zum Neubau bringt nur Verzögerung und Mehrkosten. Neue Abklärungen werden

zum gleichen Ergebnis führen. Wir wollen und brauchen ein eigenes Spital, wo wir in Zukunft über die Weiterentwicklung selber entscheiden können. Wir wollen, dass durch die Einführung eines Chefarztsystems in der inneren Medizin auch der Notfalldienst verbessert wird, wir brauchen neue Operationssäle, wir brauchen im Interesse aller Patienten und vor allem der älteren Menschen eine bessere Zimmerinfrastruktur, wir wollen Kooperationen, die zu mehr Wirtschaftlichkeit und zu hoher Qualität beitragen, wir brauchen neue Parkierungsmöglichkeiten, wir wollen doch auch, dass ein Teil des Krankenkassengeldes, das wir monatlich einzahlen, in Liechtenstein bleibt.»

Der VU-Parteivorstand hat sich am Schluss dann mit circa 75 Prozent Ja-Stimmen für das Neubauprojekt ausgesprochen. Der VU-Präsident hat das auch der Öffentlichkeit kommuniziert. Wenn nun der eine Mandatar oder die eine Mandatarin sich nicht an diesen Beschluss gebunden fühlt und die private Meinung verbreitet, so ist das ihre Sache. Es darf aber nicht der Eindruck entstehen, dass die VU keine klare Meinung zum Spitalneubau hätte.

In Generationenprojekte soll vor allem auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten investiert werden. So sieht es auch die Regierung und empfiehlt in der offiziellen Abstimmungsvorlage mit sachlichen Argumenten ein Ja. Es ist zu hoffen, dass möglichst viele vom Stimmrecht Gebrauch machen, damit nicht ein Zufallsmehr entsteht.

Es sollen ja nicht Emotionen, Neid oder Rachegefühle den Ausschlag geben, denn die Sache ist zu wichtig für unsere Zukunft.  
William Gerner, Quellenstrasse 8, Eschen

Liechtensteins Hilfsangebot für Griechenland

Die Depesche, kürzlich auf Seite 31 im Wirtschaftsteil des «Vaterlandes» versteckt, ist nun auf der Titelseite (vom Chefredaktor persönlich gezeichnet), und die Aussagen des Regierungschefs gegenüber dem «Hamburger Abendblatt» sind bestätigt. Aber viele wollen das immer noch nicht glauben, weil es nicht wahr sein dürfe. An der Rüge, dass Liechtensteins Regierungschef dem griechischen Finanzminister ein Abkommen mit Liechtenstein geradezu anbietet, mit welchem das griechische Vermögen in Liechtenstein aufgedeckt und die Steuererlöse Griechenland zugutekommen sollen, ändert sich nichts. Es ist einfach unglaublich. Es besteht weder ein Druck auf Liechtenstein zu diesem Abkommen noch ein Kalkül über Vorteile Liechtensteins. Es sind vielmehr Nachteile. Wieder werden Privatpersonen und Firmen, welche zum Teil jahrzehntelang an die Vertrauenswürdigkeit Liechtensteins glaubten, regelrecht verraten. Das Vertrauen vieler Bank-

kunden und Treuhandkunden wird zerstört. Nicht alle griechischen Treuhand- und Bankkunden haben Schwarzgeld in Liechtenstein. So oder so ist der Umgang mit der Privatsphäre rechtlich und moralisch einfach nicht in Ordnung. Apropos: die Privatsphäre: wie ich schon früher rechtlich begründete, kann diese nicht durch einen Beschluss der Regierung oder ein Abkommen aufgehoben werden, auch nicht das Bankgeheimnis (ein Nebenvertrag zu einem Konto- und Depotvertrag mit der Bank, nur Klient und Bank können dies aufheben). Der Schutz der Privatsphäre wird von Liechtenstein in den letzten zwei Jahren immer wieder hochgehalten, versichert jedenfalls die Regierung. Das glaubt aber niemand mehr im Ausland. Hoffentlich wehren sich solche Klienten wie in der Schweiz mit Klagen gegen Behörden und Banken, auch vor dem Verwaltungsgerichtshof und Staatsgerichtshof. In der Schweiz wehren sich bekanntlich Banken und das Schweizer Verwaltungsgericht und der Bundesrat gegen eine Preisgabe von Daten (und damit auch vieler Treuhandkunden). Zum Motto: «In Liechtenstein gibt es seit zwei Jahren kein Schwarzgeld mehr» und «Liechtenstein und seine Banken arbeiten nur noch in der Weissgeldstrategie» passt das Vorgehen der Regierung und auch die Planung der Regierung, dass es gemäss Agenda 2020 gar keine Treuhänder mehr gibt. Rechte von Privatpersonen werden rücksichtslos geopfert. Wir machen uns zu

Richtern über Steueransprüche anderer Staaten und zu Steuereintreibern. Abkommen um Abkommen, ohne Rücksicht auf Verluste, dass Milliarden abwandern, Hunderte von Treuhändern in ein paar Jahren erwerbslos sind! Wenn das so weitergeht, braucht Liechtenstein in fünf bis zehn Jahren nur noch vier, fünf Banken und die Finanzmarktaufsicht kann dann wieder wie früher als eine blosse Abteilung des Amtes für Volkswirtschaft geführt werden. Wir können uns dann eine FMA, die 15 und mehr Millionen pro Jahr kostet, gar nicht mehr leisten.

Es ist geradezu lächerlich, dass Liechtenstein den Griechen helfen könnte. Selbst wenn man das griechische Vermögen in Liechtenstein mit etwa 500 bis 1000 Millionen einschätzt und davon die Hälfte an den griechischen Fiskus gingen, dann kann dieses verlumpete Griechenland nicht einmal eine Woche lang davon leben. Ich hörte den Einwand, die Schweiz sei auch in Kontakt mit den Griechen. Richtig, wenn man die schweizerische Finanzministerin im FS DRS am Mittwoch, 19. Oktober, hörte, gibt sie an, von Griechenland angegangen zu sein und man werde jetzt zuerst ein Konzept entwerfen, wie man verhandle. Unser Land hat sich aber, wenn man die Äusserung des Regierungschefs wörtlich nimmt, geradezu angeboten. Das ist ein Unterschied. Allzu viele sagen, eine solche Anbiederung widere sie an.

Dr. h.c. lic.iur. Walter Matt, Werdenbergerweg 11, Vaduz

TRIBÜNE

Die Universität als Bildungsort



Von Peter F. E. Sloane

Die Hochschule als Lernort folgt – v. a. in einer Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät – heute viel stärker der Idee einer Berufsorientierung. Man spricht vielfach vom Ziel der Employability. Dies hat dazu geführt, dass Studienangebote viel Ziel führender auf mögliche Tätigkeitsfelder hinführen. Vorteilhaft ist m.E., dass das heutige Angebot mehr Studierenden die Chance bietet, einen ersten akademischen Abschluss zu erhalten.

Wir haben das erkaufte, und dies ist zugleich der Nachteil, durch eine höhere Regulierung und durch zuweilen sehr kleinschrittige Kontrollen. Es ist ein Pendel: Wir haben uns fortbewegt von einer Kultur der Kritik und Reflexion hin zu einer Kultur der beruflichen Fertigkeiten. Aber dieses Pendel schlägt zurück, so hoffe ich. Und dies ist mit Blick auf die Zukunft, auf die nächsten 20 Jahre, dringend erforderlich, denn die Gesellschaft mit ihren technischen, kulturellen und ökonomischen Anforderungen nötigt dazu, dass man viel genauer herausarbeitet, was die Ansprüche einer universitären Bildung sind. Diese soll Menschen vorbereiten, in einer postmodernen, globalisierten und multikulturellen Welt handlungsfähig zu sein.

**Übergänge in die Praxis gestalten**  
Heute wird Wissenschaft vielfach mit Forschung gleichgesetzt. Ich denke, dass Wissenschaft ein soziales System unserer Gesellschaft ist und mittels Forschung ihren jeweiligen Gegenstandsbereich mit den hierfür akzeptierten Methoden reflektiert. Daneben hat Wissenschaft die Aufgabe, einen Übergang zu organisieren, Menschen zu bilden und so auch deren In-

tegration in die Gesellschaft zu unterstützen. Lehre ist nicht eine lineare Umsetzung dessen, was wir erforschen. Genau genommen müssen wir eine Verbindung herstellen zwischen den Praxisfeldern, den wissenschaftlichen Erkenntnissen und den jeweiligen Voraussetzungen der Studierenden.

**Lerner als motivierte Forscher**  
Ich habe ein Ideal: Studierende sind aktive und sich selbst organisierende Lerner. Sie stellen Fragen, sind neugierig, fordern die Dozenten. Sie wollen Probleme lösen und suchen dabei Hilfestellungen. Das wäre der mündige Lerner. Er ist ein Forscher, denn die unterstellten Fähigkeiten und Haltungen sind nicht nur Kennzeichen des Lernens, sondern stellen zugleich habituelle Merkmale motivierter Forscher dar. Dies kennzeichnet aber auch den Bildungsauftrag der Dozenten in Hinblick auf die Studierenden, sich im Sinne des Ideals zu entwickeln. Wir müssen dies auch als Anspruch artikulieren.

**Internationaler Wettbewerb**  
Die Universitäten waren von Anfang an immer internationale Begegnungs-

stätten und es war und ist immer Teil der Hochschulkultur, mit vergleichbaren Einrichtungen im Ausland zu kooperieren. Vom nationalen Kontext unabhängig, sind Hochschulen heute in einem internationalen Wettbewerb, und zwar um die besten Forscher und Forscherinnen und um die besten Studierenden. In Europa entsteht ein gemeinsamer Bildungsraum. Durch politische Instrumente wie den Europäischen Hochschulqualifikationsrahmen werden Bildungsgänge immer mehr vergleichbar. Äusserlich

zeigt sich dies in der Zunahme von Austauschprogrammen, aber auch in der steigenden Mobilität von Studienanfängerinnen und Studienanfängerinnen. Ich denke, dass dies zunehmen wird. Und ein Nebeneffekt dieser Entwicklung, der vielleicht auch noch nicht ausreichend reflektiert wird, ist die Schaffung einer Identität stiften der europäischen Hochschulkultur.

In der Rubrik Tribüne äussern sich Persönlichkeiten, die nicht der Redaktion angehören, in lockerer Folge zu Themen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

ZUR PERSON

Prof. Dr. Peter F. E. Sloane

**Nach seinem Studium** an der Universität zu Köln (Dipl.-Hdl.) mit anschliessender Promotion zum Dr. rer.-pol. war Peter F. E. Sloane viele Jahre in der Weiterbildung und Unternehmensberatung sowie als Lehrer an einer Fachschule tätig. Nach seiner Habilitation 1992 in Köln war er Hochschullehrer an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und an der Ludwig-Maximilians-Universität München, bevor er 2000 einen Ruf nach Paderborn annahm. Seit 2010 ist er Research Fel-

low an der Universität Oxford. Peter Sloane hat zahlreiche Forschungsarbeiten und Publikationen zu Themen des beruflichen Lernens, der Institutionentheorie und zur Didaktik beruflicher und universitärer Bildung vorgelegt.

**Unter dem Titel «Vom Lernen – Welche Bildung brauchen wir?» spricht Peter Sloane im Rahmen der Festvortragsreihe «1961–2011 – Vom Abendtechnikum zur Universität» am Donnerstag, 27. Oktober, um 18 Uhr in der Universität Liechtenstein.**